

SATZUNGEN

Europäische Fahrplankonferenz
Personenverkehr
1923

Europäische Fahrplankonferenz

Satzungen

§ 1.

Zweck der Konferenz.

Die Europäische Fahrplankonferenz (in den nachstehenden Paragraphen kurz „Konferenz“ genannt) regelt die allgemeinen Angelegenheiten betreffend den internationalen Personenzugsverkehr, setzt die internationalen Zugs- und Schiffsverbindungen den Bedürfnissen des Reisendenverkehrs entsprechend fest und wirkt auf die Erleichterung der Zollabfertigung und der Passkontrolle auf den Grenzbahnhöfen hin.

§ 2.

Geschäftsführende Verwaltung.

Die Leitung der Konferenz und die Vorbereitung ihrer Sitzungen werden von einer Geschäftsführenden Verwaltung besorgt.

§ 3.

Teilnahme an der Konferenz.

1. An den Beratungen der Konferenz können teilnehmen:
 - a) Vertreter der Regierungen der beteiligten Staaten;
 - b) Vertreter von Bahn- und Dampfschiffverwaltungen, die am internationalen Reiseverkehr beteiligt sind und auf ihren Linien Züge oder Schiffskurse führen, die über eine oder mehrere Landesgrenzen hinaus verkehren. Auf Wunsch solcher Verwaltungen können auch Transportanstalten, die

den Fahrplan ihrer Züge oder Schiffskurse demjenigen internationaler Züge oder Schiffskurse anzupassen haben, zu den Verhandlungen zugelassen werden;

c) Vertreter der Schlaf- und Speisewagengesellschaften, deren Wagen über eine oder mehrere Landesgrenzen hinaus verkehren, die den Betrieb ihrer Wagen selber besorgen, und mit einer oder mehreren Eisenbahnverwaltungen im Vertragsverhältnis stehen.

2. Die Vertretung einer Verwaltung durch eine andere ist zulässig.

3. Hat eine Verwaltung ohne Grundangabe an drei aufeinanderfolgenden Sitzungen der Konferenz sich weder unmittelbar noch durch eine andere an der Konferenz teilnehmende Verwaltung vertreten lassen, so wird dies als Verzicht auf die weitere Teilnahme betrachtet und daher von ihrer weiteren Einladung zu den Sitzungen der Konferenz abgesehen.

4. Eine Verwaltung kann jederzeit auf ihre Teilnahme verzichten; sie hat den Austritt der Geschäftsführenden Verwaltung mitzuteilen.

§ 4.

Anordnung der Sitzungen.

1. Die Konferenz hält im Jahre mindestens eine Sitzung ab und zwar in der ersten Hälfte des Monats November.

2. Der Ort, an dem die Sitzung abgehalten wird, ist unabhängig vom Sitze der Geschäftsführenden Verwaltung.

3. Es finden statt:

- a) Hauptverhandlungen, denen alle in § 3, Zif. 1 genannten Vertreter beiwohnen können;
- b) Gruppenverhandlungen, in denen sich die Verwaltungen je nach Beratungsstoffen vereinigen.

§ 5.

Anträge und Tagesordnung.

1. Die Anträge für die Hauptverhandlungen und diejenigen für die Gruppenverhandlungen sind so frühzeitig als möglich, spätestens einen Monat vor Beginn der Sitzung, der Geschäftsführenden Verwaltung zuzusenden.

Ausnahmsweise können in dringenden Fällen Anträge für die Gruppenverhandlungen während der Sitzungen und mündlich gestellt werden.

2. Die Anträge sind in deutscher, französischer oder italienischer Sprache und mit der Maschine geschrieben, einzureichen.

Anträge für die Gruppenverhandlungen können ausserdem in der Staatssprache der Verwaltung, die den Antrag stellt, eingesandt werden, unter der Bedingung, dass sie mit der Maschine in lateinischer Schrift geschrieben sind und dass die Durchsicht des entsprechenden Teiles des Bürstenabzuges der Tagesordnung von der Vertretung des betreffenden Staates am Sitze der Geschäftsführenden Verwaltung kostenlos besorgt wird. Massgebend ist jedoch nur der deutsche, französische und italienische Wortlaut.

3. Für jeden Antrag ist ein besonderer Bogen zu verwenden, der nur einseitig beschrieben werden darf. Am linken Rande des Bogens sind die beteiligten Verwaltungen zu vermerken.

4. Jeder Antrag für die Gruppenverhandlungen ist von der Verwaltung, die den Antrag stellt, der Geschäftsführenden Verwaltung in zwei Ausfertigungen und jeder der beteiligten Verwaltungen in einer Ausfertigung zuzustellen.

5. Die Geschäftsführende Verwaltung stellt die Anträge zusammen, veranlasst ihre Drucklegung als Tagesordnung und stellt diese den teilnehmenden Verwaltungen zu.

§ 6.

Hauptverhandlungen.

1. Die Hauptverhandlungen werden von der Geschäftsführenden Verwaltung vorbereitet und geleitet.

2. In den Hauptverhandlungen werden ausschliesslich Gegenstände allgemeiner Natur behandelt. Hierzu gehören insbesondere die Wahl der Geschäftsführenden Verwaltung, die Dauer der Geschäftsführung, die Festsetzung der Dauer der Fahrplanabschnitte, die Abänderung und Ergänzung dieser Satzungen, die Wahl des Ortes und der Zeit der nächsten Sitzung.

§ 7.

Gruppenverhandlungen.

1. In Gruppenverhandlungen werden die Fahrpläne der Züge, an denen Verwaltungen von wenigstens zwei Ländern beteiligt

sind, festgesetzt und die Anschlussverhältnisse auf den Grenzbahnhöfen geregelt.

2. Die Leitung der Gruppenverhandlungen liegt den Verwaltungen ob, welche die Anträge gestellt haben, sofern nicht besondere vorsitzende Verwaltungen bezeichnet werden.

3. Die an den Gruppenverhandlungen getroffenen Vereinbarungen sind im allgemeinen bindend.

§ 8.

Abstimmung und Beschlussfassung.

1. Jede Eisenbahn- und Dampfschiffverwaltung, die am internationalen Reiseverkehr in der in § 3, Zif. 1^b angegebenen Weise beteiligt ist, erhält eine Stimme. Jede hiernach stimmberechtigte Eisenbahnverwaltung erhält ausserdem auf je volle 1000 km Betriebslänge der von ihr in Europa betriebenen breit-, normal- oder schmalspurigen Linien eine Zusatzstimme.

Die Schlaf- und Speisewagengesellschaften sind nicht stimmberechtigt.

2. Von jeder Verwaltung ist nur ein Vertreter stimmberechtigt.

3. Die Beschlussfassung in den Hauptverhandlungen erfolgt durch Stimmenmehrheit; bei Stimmengleichheit gilt der Antrag als abgelehnt.

§ 9.

Niederschriften.

1. Über die Ergebnisse der Verhandlungen werden Niederschriften angefertigt.

2. Die Niederschriften über die Hauptverhandlungen werden von der Geschäftsführenden Verwaltung in deutscher und französischer Sprache verfasst und sind von allen Konferenzteilnehmern zu unterzeichnen.

3. Die Niederschriften über die Gruppenverhandlungen sind von den Verwaltungen, welche die Anträge gestellt haben, in deutscher, französischer oder italienischer Sprache mit Maschinenschrift oder handschriftlich mit Tinte oder Tintenstift auszufertigen. Sie können überdies in der Staatssprache der Verwaltung, die den Antrag stellte, verfasst werden, unter der Bedingung, dass sie mit der Maschine in lateinischer Schrift geschrieben sind und dass die Durchsicht der Bürstenabzüge durch

die Vertretung des betreffenden Staates am Sitze der Geschäftsführenden Verwaltung unentgeltlich besorgt wird. Als massgebend gilt indessen nur der deutsche, französische und italienische Wortlaut.

Diese Niederschriften sind von den Vertretungen der beteiligten Verwaltungen zu unterzeichnen.

4. Vor Schluss der Sitzung sind die Niederschriften der Gruppenverhandlungen der Geschäftsführenden Verwaltung zu übergeben. Diese fasst sie mit denjenigen über die Hauptverhandlungen zu einer Gesamtniederschrift zusammen, veranlasst ihre Drucklegung und stellt sie den teilnehmenden Verwaltungen zu.

§ 10.

Einsprüche.

Einsprüche gegen die in der Niederschrift enthaltenen Beschlüsse der Hauptverhandlungen sind spätestens 14 Tage nach Eingang der Niederschrift an die Geschäftsführende Verwaltung zu richten. Diese Verwaltung stellt alsdann fest, ob das Verhältnis der von den vertretenen Verwaltungen abgegebenen Stimmen sich durch den Einspruch so geändert hat, dass der Beschluss hinfällig wird. In diesem Falle macht sie sämtlichen Verwaltungen hiervon Mitteilung und sorgt dafür, dass die Angelegenheit für die Tagesordnung der nächsten Sitzung zur nochmaligen Beratung vorgemerkt wird.

§ 11.

Kosten der Geschäftsführung.

1. Die Geschäftsführende Verwaltung erhebt für Drucksachen (Tagesordnungen, Niederschriften usw.) die Selbstkosten.

2. Die mit der Abhaltung der Sitzungen verbundenen Kosten (Saalmiete, Beleuchtung, Heizung, Bureaubedürfnisse usw.) und die der Geschäftsführenden Verwaltung entstehenden sachlichen Ausgaben werden nach dem in § 8 festgesetzten Stimmenverhältnis auf die teilnehmenden Verwaltungen verteilt.

§ 12.

Inkraftsetzung.

Die gegenwärtigen Satzungen treten am 1. Januar 1923 in Kraft.

présentants de l'Etat intéressé dans la ville siège de l'Administration gérante. Cependant les textes allemand, français et italien sont seuls considérés comme officiels.

Ces procès-verbaux doivent être signés par les délégations des administrations intéressées.

4. Avant la clôture de la session, les procès-verbaux des séances de groupes sont remis à l'Administration gérante. Celle-ci les réunit à ceux des séances plénières en un procès-verbal général, dont elle assure l'impression et qu'elle adresse aux administrations participantes.

§ 10.

Oppositions.

Les oppositions aux décisions des séances plénières consignées au procès-verbal doivent être notifiées à l'Administration gérante dans les quatorze jours de la réception du procès-verbal. L'Administration gérante examine si l'opposition est de nature à modifier la répartition des suffrages exprimés par les administrations représentées dans une mesure suffisante pour influencer la décision. Si tel est le cas, elle en informe toutes les administrations et pourvoit à ce que l'affaire soit portée à l'ordre du jour de la session suivante, en vue d'une nouvelle discussion.

§ 11.

Frais de gestion.

1. L'Administration gérante recouvre pour les frais d'impression (ordres du jour, procès-verbaux, etc.) ses propres débours.

2. Les frais causés par les sessions de la Conférence (location de salles, éclairage, chauffage, fournitures de bureau etc.) et les dépenses matérielles faites par l'Administration gérante sont répartis entre les administrations participantes dans la proportion fixée par le § 8 pour les suffrages.

§ 12.

Entrée en vigueur.

Les présents Statuts entreront en vigueur le 1^{er} janvier 1923.

1. Les résultats des discussions sont consignés dans des procès-verbaux.

2. Les procès-verbaux des séances plénières sont rédigés par l'Administration générale en allemand et en français et doivent être signés par tous les délégués à la Conférence.

3. Les procès-verbaux des séances de groupes sont rédigés en allemand, en français ou en italien par les administrations de qui émanent les propositions; ils doivent être écrits soit à la machine, soit à la main à l'encre ou au crayon à encre. Ils peuvent en outre être rédigés dans la langue nationale de l'administration qui a fait la proposition, mais seulement à la condition qu'ils soient écrits à la machine, en caractères latins, et que les épreuves soient corrigées gratuitement par les re-

Procès-verbaux.

§ 9.

1. Chaque administration de chemins de fer ou de navigation participant aux transports de voyageurs en service international dans les conditions prévues au § 3, n° 1^o a droit à un suffrage. De plus, chacune des administrations de chemins de fer ainsi admises à voter a droit à un suffrage supplémentaire par millier de kilomètres de ligne à voie large, normale ou étroite exploitées par elle en Europe.

Les entreprises de wagons-lits et de wagons-restaurants n'ont pas droit de suffrage.

2. Pour chaque administration le droit de vote n'est exercé que par un seul délégué.

3. Les décisions sont prises en séances plénières à la majorité des suffrages; en cas d'égalité des suffrages la proposition est considérée comme repoussée.

Votes et décisions.

§ 8.

1. Les séances de groupes sont dirigées par les administrations qui ont présenté les propositions, à moins que des administrations présidentes spéciales ne soient désignées.

3. En règle générale, les accords établis en séance de groupes sont définitifs.

1. Les séances de groupes fixent l'horaire des trains auxquels participent des administrations de deux pays au moins et régient les correspondances aux gares frontières.

Séances de groupes.

§ 7.

2. Les séances plénières sont réservées aux questions d'ordre général. Ces questions comprennent notamment le choix de l'Administration gérante, la durée de la gérance, la fixation de la durée des périodes d'horaire, les modifications et additions aux présents statuts, la fixation du lieu et de l'époque de la session suivante.

1. Les séances plénières sont préparées et dirigées par l'Administration gérante.

Séances plénières.

§ 6.

5. L'Administration gérante groupe les propositions, les fait imprimer sous forme d'ordre du jour et adresse celui-ci aux administrations participantes.

4. Chaque proposition destinée aux séances de groupes est adressée par l'Administration de laquelle elle émane en deux exemplaires à l'Administration gérante, et en exemplaire unique à chacune des administrations intéressées.

3. Chaque proposition est inscrite sur une feuille distincte utilisée au recto seulement. Les noms des administrations intéressées sont mentionnés dans la marge de gauche.

2. Les propositions doivent être formulées en allemand, en français ou en italien et écrites à la machine. Des propositions pour les séances de groupes peuvent en outre être présentées dans la langue nationale de l'Administration qui en prend l'initiative, à la condition qu'elles soient écrites à la machine, en caractères latins, et que la partie correspondante de l'ordre du jour soit corrigée gratuitement par les représentants de l'Etat intéressé dans la ville siège de l'Administration gérante. Cependant, les textes allemand, français et italien sont seuls considérés comme officiels.

délibérations des entreprises de transport qui ont à mettre l'horaire de leurs trains ou bateaux en correspondance avec celui de trains ou de services de bateaux internationaux; des délégués des entreprises de wagons-lits ou wagons-restaurants dont les véhicules passent une ou plusieurs frontières, à condition qu'elles exploitent elles-mêmes leur matériel roulant et qu'elles soient liées par contrat avec une ou plusieurs administrations de chemins de fer.

2. Il est permis à une administration de se faire représenter par une autre.

3. Lorsqu'une administration s'est abstenue, sans en indiquer les motifs, de se faire représenter à trois sessions consécutives soit directement, soit par une autre administration participante, elle est censée renoncer pour l'avenir à sa participation et n'est, par conséquent, plus convoquée aux réunions de la Conférence.

4. Une administration peut renoncer à toute époque à sa participation en informant l'Administration générale de sa décision.

§ 4.

Organisation des sessions.

1. La Conférence tient au moins une session par an, dans la première quinzaine du mois de novembre.

2. Le lieu de la session est indépendant du siège de l'Administration générale.

3. Il est tenu:

a) des séances plénières, auxquelles peuvent assister tous les délégués mentionnés au § 3, n° 1;

b) des séances de groupes, auxquelles participent les administrations intéressées aux questions à discuter.

§ 5.

Propositions et ordre du jour.

1. Les propositions à soumettre, tant aux séances plénières qu'aux séances de groupes, doivent être communiquées à l'Administration générale aussitôt que possible et un mois au moins avant l'ouverture de la session.

A titre exceptionnel, dans des cas urgents, des propositions pour les séances de groupes peuvent être présentées en séance et verbalement.

Conférence européenne des horaires

STATUTS

§ 1^{er}

But de la Conférence.

La Conférence européenne des horaires (désignée dans les paragraphes suivants par le nom abrégé de "Conférence") règle les questions générales relatives au service international des trains de voyageurs, fixe les correspondances internationales par chemins de fer et par voies d'eau selon les besoins du service des voyageurs, et s'efforce d'obtenir des allègements concernant le service de la douane et le contrôle des passe-ports aux gares frontières.

§ 2.

Administration gérante.

La direction de la Conférence et la préparation des sessions sont assurées par une Administration gérante.

§ 3.

Participation à la Conférence.

1. Peuvent prendre part aux discussions de la Conférence:
(a) des délégués des Gouvernements des États intéressés;
b) des délégués des administrations de chemins de fer et de navigation qui sont intéressées aux transports des voyageurs en service international et qui assurent sur leurs lignes l'exploitation de trains ou de services de bateaux franchissant une ou plusieurs frontières. Ces administrations peuvent demander que l'on admette à assister aux

Conférence Européenne des Horaires
Trafic Voyageurs
1923

STATUTS